



Manuela Schwesig
Bundesministerin für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend

Ralf Jäger
Minister für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen

„Für Demokratie und Vielfalt – gegen die Radikalisierung von Jugendlichen“

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und NRW-Innenminister Ralf Jäger setzen zukünftig in der Förderung von Demokratie und Vielfalt sowie der Prävention gegen gewaltbereiten Islamismus auf ein eng abgestimmtes Vorgehen. Dabei werden das bestehende Präventionsprogramm aus NRW – „Wegweiser“ und das nordrhein-westfälische „Aussteigerprogramm Islamismus“ mit den Vorhaben des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ verbunden. Allein in NRW fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 26 lokale Partnerschaften für Demokratie, acht Modellprojekte in diesem Themenfeld und unterstützt das landesweit agierende Demokratiezentrum.

Mit diesen Ansätzen wird der gewaltbereite Islamismus als ein Phänomen mit gesamtgesellschaftlicher Dimension angegangen. Fragen der Sicherheit müssen durch Aspekte der Prävention und Intervention ihre Ergänzung finden. Gemeinsames Ziel ist es, zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Vielfalt bei jungen Menschen zu unterstützen und durch Bildungs-, Aufklärungs-, Beratungs- und Aussteigerangebote auch dem gewaltbereiten Islamismus nachhaltig entgegen zu treten.

Die Arbeit gegen alle Formen des gewaltbereiten Islamismus muss getragen werden durch ein aktives Engagement für Demokratie und Vielfalt, kann von den Erfahrungen in der Arbeit gegen Rechtsextremismus profitieren und muss alle anderen Formen von Menschenfeindlichkeit im Blick behalten. Dieses Engagement für Aufklärung, für demokratische Werte wie Freiheit, Vielfalt, Chancengleichheit und Rechtsstaatlichkeit leistet einen unverzichtbaren Beitrag, um junge Menschen gegen totalitäre Ideologien und religiösen Extremismus zu stärken. Zugleich müssen jene, die sich gewaltorientierten islamistischen Szenen genähert haben oder bereits darin verhaftet sind, Angebote erhalten und einen verlässlichen Ansprechpartner finden, der ihnen bei der Abkehr von der extremistischen Gruppe und der Rückkehr in die Mitte der Gesellschaft hilft.

Für manche jungen Menschen erweisen sich gewaltorientiert-islamistische Strömungen derzeit als äußerst attraktiv. Präventive Angebote sind neben notwendigen sicherheitspolitischen Maßnahmen eine unverzichtbare Grundlage für die Sensibilisierung junger Menschen vor den Gefahren der Indoktrination. Nur durch gesellschaftspolitische Präventionsarbeit gelingt die Stärkung ihrer Widerstandskräfte gegen die Einflüsterungen gewaltorientierter und extremistischer Prediger und Werber sowie das Bemühen,

gefährdeten Jugendlichen demokratische und gewaltfreie Alternativen aufzuzeigen bzw. zu bieten. Nicht zuletzt darf nicht aus dem Blick geraten, dass Ausgrenzungs- und Entwertungserfahrungen auch zu Radikalisierungsprozessen oder ihrer Verstärkung führen können. Deshalb muss Phänomenen der Islam- und Muslimfeindlichkeit ebenfalls entschieden entgegen getreten werden. Eine wichtige Rolle spielt dabei auf beiden Seiten das Internet und die entsprechenden digitalen Netzwerke. Dem gilt es verstärkt Aufmerksamkeit zu widmen.

Deshalb sind Manuela Schwesig und Ralf Jäger folgende Punkte wichtig:

1. Arbeit im kommunalen Raum stärken

Entscheidend für die Arbeit für Demokratie und Vielfalt und die Prävention gegen gewaltorientierten Islamismus bei jungen Menschen in Deutschland ist eine zielgerichtete Zusammenarbeit aller vor Ort relevanten Akteure. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und das NRW Präventionsprogramm „Wegweiser“ haben dabei den gleichen Ansatz, weil in beiden Programmen in lokaler Verantwortung vor Ort ein breiter Kreis von Netzwerkpartnern und zivilgesellschaftlicher Akteure eingebunden wird. Das NRW Präventionsprogramm „Wegweiser“ wendet sich insbesondere an Jugendliche, die gefährdet sind und bei denen sich erste Anhaltspunkte zeigen, dass sie in die Radikalisierungsfalle der gewaltbereiten Islamisten laufen. Das Ziel von „Wegweiser“ ist, zu verhindern, dass junge Menschen in die gewaltbereiten Szenen abrutschen. Bereits vier Anlaufstellen des Präventionsprogramms „Wegweiser“ hat das Ministerium für Inneres und Kommunales eingerichtet, vier weitere sind für 2015 geplant. Mit den bisher 26 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Partnerschaften für Demokratie kann im gemeinsamen Wirken von Zivilgesellschaft, dabei insbesondere auch der muslimischen Community, Politik und Verwaltung Engagement gestärkt und Partizipation verbessert werden.

2. Neue Wege in der Radikalisierungsprävention

Die ständig steigende Zahl von Radikalisierungen unter jungen Menschen und die vermehrt versuchten oder tatsächlichen Ausreisen durch deutsche Staatsangehörige in Bürgerkriegsgebiete wie etwa Syrien haben gezeigt: Beim gewaltorientierten Islamismus handelt es sich nicht um eine vorübergehende, importierte Erscheinung von außen. Der gewaltorientierte Islamismus ist hier vor Ort und ist ein gesamtgesellschaftliches Problem in Deutschland. Die Beeinflussung junger Menschen durch eine antidemokratische, islamistische Ideologie muss möglichst frühzeitig verhindert werden.

Um dies möglich zu machen, bedarf es neuer Konzepte und Strategien auch in der pädagogischen Arbeit mit jungen Menschen. Im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ unterstützt das BMFSFJ deshalb acht Modellprojekte in NRW, die darauf abzielen, neue Wege und Ansätze zu erproben: „180 Grad Wende „R“ des Jugendbildungs- und Sozialwerkes Goethe e.V. in Köln/Bonn, „#selam (sprich: Hashtag Selam) – gemeinsam stark im Pott“ des IFAK e.V. in Bochum, „Mentoren gegen Radikalisierung“ der Otto Benecke Stiftung in Bonn-Bad Godesberg, „Radikalisierung – nicht mit UNS“ des SV Genc Osman in Duisburg, „Muslimische Jugend – Friedliche Zukunft!“ der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB) in Köln, „Respekt und Teilhabe: Prävention mit der Safer Space Strategie“ des Zentralrates der Muslime

in Deutschland e.V. (ZMD) in Köln, „Radikal nett und engagiert!!!“ des MINA – Muslimischen Frauenbildungszentrums e.V. und „DERAD – Netzwerk sozialer Zusammenhalt“ des Rates Muslimischer Studierender und Akademiker e.V. (RAMSA) in Köln.

3. Ausstieg ermöglichen

Ausstiegswillige, also bereits tief in der gewaltbreiten islamistischen Szene verankerte Personen, erhalten im Aussteigerprogramm des Verfassungsschutzes NRW konkrete Hilfe für ein Leben ohne die extremistische Ideologie, Gewalt und Angst. Das Programm bietet neben Einzelberatungsgesprächen ein individuell zugeschnittenes Ausstiegskonzept mit Hilfeleistungen, wie die Begleitung bei Behördengängen, beim Umzug, bei der Vermittlung in Anti-Gewalt-Trainings bis hin zur Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche sowie Vermittlung von muslimischer Seelsorge. Für den Erstkontakt hat der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen sowohl ein E-Mail-Postfach als auch eine Hotline eingerichtet, über die Betroffene vertrauliche und individuelle Hilfe von Expertinnen und Experten erhalten. Der Ausstieg ist ein langfristiger Prozess für diejenigen, die einen gesellschaftlichen Neuanfang anstreben und in einem Distanzierungsprozess unterstützt werden müssen.

4. Koordination und Vernetzung stärken

Im föderalen System der Bundesrepublik liegt der Schwerpunkt der Kinder- und Jugendarbeit, der Sicherheitsbehörden, der Schulpolitik und in vielen anderen Bereichen auf Landesebene. Als gutes Beispiel gilt die in NRW praktizierte Vernetzung und Koordination, z.B. bei der ressortübergreifenden Zusammenarbeit der Ministerien, der Vernetzung zivilgesellschaftlicher Gruppen und Institutionen oder beim langjährigen Dialog mit muslimischen Organisationen. Die Prävention des gewaltbereiten Islamismus kann nur mit tatkräftigem Engagement aus der muslimischen Zivilgesellschaft erfolgreich gelingen. Ihre aktive Teilhabe muss gestärkt werden. Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“, Angebote des Landesprogramms NRWoffen und Erfahrungen der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus werden diese Arbeit unterstützen und dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die Prävention gegen gewaltbereiten Islamismus legen. Zur guten Vernetzung gehört u.a. die Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle Radikalisierung im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, der Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung oder dem Bundesamt für Verfassungsschutz.

5. Forschung voranbringen und Wissen vermitteln

Es gibt nach wie vor zu wenig Wissen darüber, wie Radikalisierungsprozesse konkret ablaufen und vor allem, welche Anknüpfungspunkte es gibt, diese Prozesse zu stoppen oder am besten gar nicht erst entstehen zu lassen. Deshalb wird es im Rahmen des Bundesprogramms hierzu praxisorientierte Forschung, eine wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte und einen intensiven Fachaustausch geben. Hierzu gehört das Forschungsprojekt „Hinwendungspfade junger Menschen zum gewaltorientierten Islamismus – eine biografieanalytische Perspektive“ des Forschungsverbundes aus dem Institut für Islamische Theologie der Universität Osnabrück, dem Institut für Interdiszipli-

näre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld sowie dem Deutschen Jugendinstitut in München.

Neben der Aufklärungsarbeit des Verfassungsschutzes werden durch die Bundesförderung erfahrene zivilgesellschaftliche Träger, wie Ufuq e.V., die Türkische Gemeinde in Deutschland oder „Dialog macht Schule“ in die Lage versetzt, konkret auch in NRW zu wirken. Darüber hinaus wird mit einem Dialog- und Fachforum der bundesweite Wissenstransfer verbessert.

Mit dem neuen Bundesprogramm „Demokratie leben!“, dem nordrhein-westfälischen Präventionsprogramm „Wegweiser“ und dem „Aussteigerprogramm Islamismus“ verankern das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und das Ministerium für Inneres und Kommunales in Nordrhein-Westfalen einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz der Demokratie- und Vielfaltförderung sowie der Prävention gegen gewaltbereiten Islamismus und vernetzen die Maßnahmen aller maßgeblichen Akteure.